

Zur Diskussion in der KPD 1918/1919 um die Anwendung von Waffengewalt in der Revolution

Benjamin Franz

„Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord.“¹ Mit diesen Worten beginnt der dritte Punkt des von Rosa Luxemburg verfassten Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands. Obwohl dieser Programmpunkt Terror und Mord ausdrücklich verurteilt und damit bewaffnete Gewalt als Kampfmittel ausschließt, entzündete sich an der Frage nach den geeigneten Methoden zur Durchsetzung der politischen Ziele der KPD eine kontroverse Diskussion in der Partei.

Dieser Artikel befasst sich in der Hauptsache mit der Diskussion der KPD über die Anwendung von bewaffneter Gewalt und Terror in den Jahren 1918/1919. Hierzu werden die verschiedenen Positionen in der KPD zu dieser Gewaltfrage dargestellt und bewertet. Dabei wird chronologisch vorgegangen und die parteiinterne Behandlung der Gewaltthematik vom Beginn der Novemberrevolution 1918 bis zum zweiten Parteitag der KPD im Oktober 1920 wiedergegeben. Der Schwerpunkt liegt auf dem Zeitraum zwischen den Novemberereignissen 1918 und dem Januaraufstand der Berliner Arbeiterschaft 1919. Danach wird kurz das Schicksal der Partei nach dem Verlust ihrer großen Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gestreift und Paul Levis Versuch, auf dem 2. Parteitag der KPD die Gewaltproblematik zu klären, dargestellt. Weiterhin wird der Frage nachgegangen, inwieweit die innerparteiliche Diskussion um bewaffnete Gewalt ein Beispiel für die Heterogenität der KPD lieferte.

Neben aktuelleren Überblicksdarstellungen stammt die dem Kernthema dieser Arbeit zugrunde liegende Literatur zu einem Großteil aus den späten 1960er- und den 1970er-Jahren. Hierbei sind besonders die Arbeiten von Hermann Weber hervorzuheben, der mit zahlreichen Publikationen als Historiograf der deutschen kommunistischen Bewegung hervorsticht. Dabei erweist sich vor allem das Protokoll des Gründungsparteitages der KPD² als von besonderem Wert, da sich anhand dessen die ersten Kontroversen zur Gewaltthematik bereits in der Geburtsstunde der Partei gut beobachten und nachvollziehen lassen.

Zur Vorgeschichte der KPD bis zu ihrem Gründungsparteitag

Geht man vom Datum der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918 und dem konstituierenden Gründungsparteitag der KPD am 1. Januar 1919 aus, so sind die Geburtsstunden von Republik und Partei

1 Zentralstelle des Spartakusbundes (Hrsg.): Was will der Spartakusbund? Berlin 1918, S.4.

2 Hermann Weber: Der Gründungsparteitag der KPD, Frankfurt/Main 1969.

nahezu identisch. Somit begann in den letzten zwei Monaten des Jahres 1918 für die deutsche Demokratie sowie für die organisierte kommunistische Bewegung in Deutschland fast gleichzeitig eine neue Ära.

Die KPD war ein Kind verschiedener linker Strömungen innerhalb der SPD, die sich im Laufe des Ersten Weltkrieges im Zuge der Antikriegsbewegung von ihrer Mutterpartei abgespalten hatten. Vereint in der Ablehnung der Kriegskredite formierte sich unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Anfang 1915 die Linke der deutschen Sozialdemokratie zur „Gruppe Internationale“³, welche sich 1916 den Namen „Spartakusgruppe“ gab. Im Frühjahr 1917 führte die anwachsende Opposition innerhalb der SPD gegen deren Kriegspolitik zum Parteiausschluss der Kriegsgegner, was die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im April 1917 zur Folge hatte. Die Vertreter der Spartakusgruppe traten auf dem Gründungsparteitag der USPD zwar als eigene Fraktion auf, schlossen sich aber der Partei an. Ihren Status als eigenständige Gruppierung behielten sie bei. Die Spartakusgruppe erwartete, in der USPD ein „schützendes Dach“⁴ zu finden und die Massen der USPD-Arbeiterschaft für ihre Ansichten gewinnen zu können.

Anfang November 1918 löste der Kieler Matrosenaufstand die Revolution aus, die sich in der Folge über ganz Deutschland ausbreitete. Als die Revolution schließlich Berlin erreichte und Kaiser Wilhelm II. in die Niederlande flüchtete, rief Karl Liebknecht am 9. November 1918 vom Balkon des Berliner Stadtschlosses die „freie sozialistische Republik“ Deutschlands aus. Zwei Stunden vorher hatte der Mehrheitssozialdemokrat Philipp Scheidemann vom Berliner Reichstag aus die „Deutsche Republik“ ausgerufen.

Am folgenden Tag bildete ein Bündnis aus SPD und USPD den Rat der Volksbeauftragten⁵ und übernahm provisorisch die Regierungsgewalt. Mit dem Modell einer parlamentarischen Republik schufen die Volksbeauftragten ein Gegengewicht zur Idee der Räterepublik. Die Spartakusgruppe lehnte eine Nationalver-

3 Namensgebend für die Gruppe Internationale war die im April 1915 von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebene Zeitschrift „Die Internationale“. Als führende Köpfe der Gruppe müssen neben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg genannt werden: Franz Mehring, Hugo Eberlein, Ernst Meyer, Hermann Duncker, Otto Rühle, August Thalheimer, Julian Marchlewski, Käthe Duncker und Clara Zetkin. Siehe: Weber, Gründungsparteitag, S.15f.

4 Ebenda, S.25.

5 Diese Institution stützte sich auf das Votum von etwa 3.000 Vertretern des Berliner Vollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte, die in der Revolution provisorisch die Macht im Reich in Anspruch nahmen. Der Rat der Volksbeauftragten wurde im Einzelnen von den Sozialdemokraten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, sowie den Unabhängigen Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth gebildet. Siehe: Ossip K. Flechthelm: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1969, S.118.

sammlung ab und wollte „alle Macht [bei] den Arbeiter- und Soldatenräten“⁶ konzentriert sehen, die in den ersten Novembertagen entstanden waren. Aber die Spartakisten schafften es nicht, die Volksmassen für ihre politischen Ideen zu gewinnen und zu einheitlichen Aktionen zu bewegen, um so die angestrebte gesellschaftliche Neuordnung in ihrem Sinne herbeizuführen.

Die gegensätzlichen Vorstellungen von der künftigen staatlichen Ordnung in Deutschland führten zum Bruch der Spartakusgruppe mit der USPD. In der Spartakusgruppe, die sich in der Zwischenzeit in „Spartakusbund“ umbenannt hatte, verstärkte sich das Verlangen nach einer eigenen linken Partei. Vor allem Karl Liebknecht erachtete die Gründung einer kommunistischen Partei als notwendig und konnte letztlich auch Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, welche sich zunächst für einen Verbleib in der USPD aussprachen, von diesem Vorhaben überzeugen.

Am 22. Dezember 1918 beschloss die Zentrale des Spartakusbundes, für den 30. Dezember eine Reichskonferenz in Berlin einzuberufen, auf welcher die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet wurde.

Ziele und Programmatik der KPD

Die KPD verstand sich als konsequente Vertreterin der Arbeiterklasse in der Tradition der deutschen und internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Ideen der Partei waren an Marx' Erkenntnissen ausgerichtet. Ihre politischen Ziele formulierte die KPD in dem von Rosa Luxemburg verfassten und vom Gründungsparteitag angenommenen „Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands“.⁷

Das Hauptziel der Partei war die Errichtung einer klassenlosen „sozialistischen Gesellschaftsordnung“⁸ und die Sozialisierung der Wirtschaft, die den Kapitalismus abschaffen sollte. Nach Ansicht der Kommunisten stand Deutschland um 1918 vor einer großen Revolution, in deren Verlauf die bestehende Wirtschafts- und Staatsordnung beseitigt und die bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform des Kapitalismus überwunden werde. Dazu sollte diese proletarische Revolution die „überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft, die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzen“⁹ und so die Diktatur des Proletariats sicherstellen. Dieses Modell einer Räterepublik stellte das Gegenstück zu der von der SPD befürworteten parlamentarischen Demokratie dar.

6 Rosa Luxemburg, *Der Anfang*, in: *Die Rote Fahne* Nr. 3, 18.11.1918 in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S.397-400, hier S.397.

7 Ursprünglich wurde der Programmentwurf der KPD unter dem Titel „Was will der Spartakusbund?“ am 14.12.1918 veröffentlicht. Siehe *Was will der Spartakusbund?* Berlin 1918, auch in: Weber, *Gründungsparteitag*, S.293-301.

8 Was will der Spartakusbund?, S.3.

9 Ebenda.

Zu den Maßnahmen im KPD-Programm, mit denen die Partei ihre Ziele verwirklichen wollte, gehörten die Abschaffung der Einzelstaaten sowie aller Standesunterschiede, Orden und Titel, die Enteignung aller landwirtschaftlichen und industriellen Groß- und Mittelbetriebe sowie aller Banken, die Annullierung sämtlicher Staatsschulden und die Konfiskation aller Vermögen ab einer noch zu bestimmenden Höhe. Im Sinne der Arbeiterschaft wurden eine soziale Gesetzgebung und – unter Berücksichtigung der körperlichen Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg – die Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden pro Tag gefordert.¹⁰

Der Spartakusbund und die Gewaltthematik in der Novemberrevolution

In einer Selbstbeschreibung bezeichnete sich der Spartakusbund als das „sozialistische Gewissen der Revolution“¹¹, welches die Novemberereignisse 1918 „vortreiben und in sozialistische Bahnen lenken“¹² wollte. Zunächst sah es so aus, als ob der Verlauf der Revolution die Verwirklichung der politischen Ziele des Spartakusbundes begünstigen würde. Liebknecht und Luxemburg wussten um die Bedeutung der Massen auf den Straßen, doch der Rückhalt des Spartakusbundes bei den Räten und in den Betrieben war eher gering.¹³ Daher versuchten die Spartakisten, mit der Herausgabe von Flugblättern und der Zeitung „Die Rote Fahne“ die Volksmassen für sich zu gewinnen und so Einfluss auf die politischen Geschehnisse zu nehmen.

Dementsprechend formulierte der Spartakusbund die Ziele, mit denen er in die Revolution eintrat, in einem von Karl Liebknecht und Ernst Meyer unterzeichneten Flugblatt, welches am Vorabend der Revolution veröffentlicht wurde und sich an die deutschen Arbeiter und Soldaten richtete.¹⁴ Allerdings blieb es in diesem Aufruf bei der Aufforderung, den Kampf fortzusetzen; ein Hinweis hinsichtlich der anzuwendenden Kampfmittel wurde nicht gegeben. Zum Einsatz von Waffengewalt wurde weder aufgefordert, noch davon abgeraten. Es scheint, der Spartakusbund wollte es den Arbeitern zunächst selbst überlassen, mit welchen Mitteln die Revolution geführt werden sollte.

10 Siehe Was will der Spartakusbund? S.6f. Eine Zusammenfassung des Forderungs- bzw. Maßnahmenkatalogs in: Robert Hofmann: Geschichte der deutschen Parteien, München 1993, S.145.

11 Was will der Spartakusbund? S.7.

12 Weber, Gründungsparteitag, S.30.

13 Siehe Hans-Ulrich Ludewig: Arbeiterbewegung und Aufstand – Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920-1923, Husum 1978, S.34.

14 Hierbei handelt es sich im Groben um die vorher genannten Forderungen. Siehe Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1974, S.591. Als Faksimile in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Frankfurt/Main 1970, S.199.

Unwesentlich konkreter war der von Rosa Luxemburg verfasste und am 18. November in der „Roten Fahne“ erschienene Artikel „Der Anfang“.¹⁵ In ihm wurden zwar die „Bildung einer proletarischen Roten Garde zum ständigen Schutze der Revolution“ und die „Heranbildung der Arbeitermiliz“¹⁶ als notwendige Schritte bezeichnet, der eigentliche Weg zum Sieg sollte aber über die Arbeiter- und Soldatenräte führen. Allerdings wurde hier erstmals öffentlich die Anwendung von Waffengewalt in Erwägung gezogen, auch wenn es sich bei diesen Maßnahmen um reine Defensivgewalt handeln sollte und der Artikel keinen Aufruf zur aktiven Anwendung gewaltsamer Maßnahmen enthielt.

Klarer wurden Luxemburgs Äußerungen zum Thema Gewalt in dem am 20. November erschienenen Artikel „Die Nationalversammlung“,¹⁷ in dem es hieß: „Der Bürgerkrieg, den man aus der Revolution mit ängstlicher Sorge zu verbannen sucht, läßt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.“¹⁸ Die Benutzung der Vokabel ‚Bürgerkrieg‘ ist bemerkenswert, denn bei der Betrachtung dieser Aussage sollte nicht vergessen werden, dass sich die Artikel des Spartakusbundes hauptsächlich an die Arbeiterschaft richteten, bei der einige Teile ohnehin zur Aktion drängten und die Verwendung radikaler Schlagworte wie „Klassenkampf“ in Verbindung mit „Bürgerkrieg“ leicht zu einer Radikalisierung führen konnte.

Möglicherweise war der Effekt der zunehmenden Radikalisierung beabsichtigt, da sich der Spartakusbund mit den bisherigen Errungenschaften der Revolution bis Ende November 1918 nicht zufrieden zeigte¹⁹ und in den Strategievorstellungen der Spartakisten ohnehin ständige Agitation die revolutionäre Massenstimmung bis zur Machtübernahme durch das Proletariat steigern sollte.²⁰

Auf eine voranschreitende Radikalisierung in der Agitation des Spartakusbundes deuten auch Karl Liebknechts Aussagen in seinen „Leitsätzen“ hin, in denen er die „allgemeine Bewaffnung des Proletariats“²¹ forderte. Zwar nannte er Streikaktionen die „wichtigste Waffe zur Erringung der proletarischen und wirtschaftlichen Emanzipation“, betonte aber, dass „in entscheidenden Momenten die

15 Siehe Luxemburg, Anfang.

16 Ebenda, S.398.

17 Die Nationalversammlung, in: Die Rote Fahne Nr. 5, 20.11.1918, in Luxemburg, Werke, Bd. 4, S.407-410.

18 Ebenda, S.408.

19 So sprach Karl Liebknecht in seinen „Leitsätzen“ vom 28. November von einem „kümmerlichen Ergebnis“ und bezeichnete die Revolution als „nur eine bürgerlich-politische Reformbewegung“. Weiterhin sprach er von Macht, „die seit dem 9. November bereits zum großen Teil wieder verloren gegangen ist.“ Siehe Leitsätze in: Liebknecht, Reden und Schriften, Bd. IX, S.630-635.

20 Siehe Ludewig, Arbeiterbewegung, S.34.

21 Liebknecht, Leitsätze, S.632.

bewaffnete Massenaktion“²² befürwortet werde. Noch deutlicher wiederholte Liebknecht die Forderung nach Bewaffnung des Volkes im Artikel „Rüstung der Revolution“ in der „Roten Fahne“ vom 2. Dezember 1918. Dort schrieb er: „Die Massen des Proletariats müssen ohne Verzug gerüstet werden, damit die Revolution gerüstet sei – gegen alle Anschläge, für alle Aufgaben. Sie müssen militärisch gerüstet sein.“²³ Bemerkenswert ist hier die Veränderung des Grundtons der Aussagen. Forderte Liebknecht zuerst den Einsatz von Waffen „in entscheidenden Momenten“ und betonte, dass der Streik immer noch wichtigstes Kampfmittel sei, so verlangte er wenige Tage später mit Vehemenz die Bewaffnung des Proletariats – und das „für alle Aufgaben.“ So wäre es durchaus nachvollziehbar, wenn die angesprochene Arbeiterschaft die dehnbare Definition „alle Aufgaben“ als unmittelbare Aufforderung zur aktiven Gewaltanwendung verstand und diese nicht als ein Mittel sah, das Streiks und Demonstrationen nachstünde.

Die Gewaltthematik im Spartakusprogramm

Die Anwendung bewaffneter Gewalt spielte jedoch in den Strategievorstellungen des Spartakusbundes während der Novemberrevolution eine zweitrangige Rolle, und putschistische Abenteuer lehnte der Führungszirkel der Gruppe ab.²⁴ Zunächst vertraute Rosa Luxemburg in besonderem Maße auf die Spontaneität und die Macht der Massen. In diesem Kontext muss das am 14. Dezember 1918 unter dem Titel „Was will der Spartakusbund?“²⁵ veröffentlichte Spartakusprogramm widersprüchlich und geradezu verwirrend auf die Arbeiterschaft gewirkt haben, da wesentliche Aussagen der Schrift den im Laufe der Revolution veröffentlichten Artikeln in der „Roten Fahne“ widersprechen. Es finden sich in verschiedenen Punkten des Programms eindeutige Aussagen, die der Anwendung von Waffengewalt abschwören und den gewaltlosen Charakter der Revolution hervorheben. So heißt es: „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft.“²⁶ Ebenso wurde betont, der Einsatz von bewaffneter Gewalt sei unnötig, wenn die Revolution von den Volksmassen getragen werde. Dazu schrieb Luxemburg: „Sie [die Revolution] ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.“²⁷ Weiter formu-

22 Ebenda, S.633.

23 Ebenda, S.639.

24 Siehe Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962, S.150.

25 Siehe Fußnote 7.

26 Was will der Spartakusbund? S.4.

27 Ebenda.

lierte sie: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“²⁸ Diese Aussagen haben einen anderen Duktus als die Artikel in der „Roten Fahne“, in denen die Bewaffnung des Volkes und die militärische Rüstung der Revolution „für alle Aufgaben“ gefordert wurden.

Eine gewisse Widersprüchlichkeit lässt sich nicht nur in Bezug auf die vorher veröffentlichten Artikel feststellen; auch der Schlussteil des Spartakusprogramms stand den Punkten, die den gewaltlosen Charakter der Revolution hervorhoben, entgegen: „Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und [zu] Siegen.“²⁹ Auch die Schlusssätze tragen den gleichen kämpferischen Unterton: „Auf, Proletarier! Zum Kampf! Es gilt, eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!“³⁰

In Rosa Luxemburgs Vorstellung von der Revolution war die Anwendung von Waffengewalt durchaus vorhanden – allerdings einzig als Reaktion auf eine gewaltsame Gegenaktion seitens der konterrevolutionären Kräfte, die den Gebrauch von Defensivgewalt zur Selbstverteidigung der Revolution nötig mache. So schrieb Luxemburg im Spartakusprogramm: „Sie [die imperialistische Kapitalistenklasse] wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. [...] All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden.“³¹

Man sollte sich an dieser Stelle die Wirkung dieser Worte auf die einfache Arbeiterschaft vorstellen. Die radikalen Schlusssätze des Spartakusprogramms mit ihrem angriffslustigen Ton mussten beim Leser haften bleiben und daher die Absage an die Anwendung von Waffengewalt untergehen. Gleichzeitig war bei der proletarischen Leserschaft nicht unbedingt eine Differenzierung der Gewaltarten zu erwarten, sodass auch die Punkte, in denen Rosa Luxemburg Abwehrgewalt propagierte, als Aufforderungen zur aktiven bewaffneten Gewaltanwendung verstanden werden konnten.

28 Ebenda, S.8.

29 Ebenda, S.5.

30 Ebenda, S.8.

31 Ebenda, S.5.

Die Diskussion um Gewalt auf dem Gründungsparteitag der KPD

Kamen während der Novemberrevolution mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hauptsächlich die führenden Köpfe des Spartakusbundes in der Öffentlichkeit zu Wort, so bot der vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 im Gebäude des preußischen Landtages in Berlin abgehaltene Gründungsparteitag der KPD³² allen sich nunmehr in einer Partei zusammenschließenden Kommunisten ein Forum für die Diskussion der Programmatik. Hier wurden auch die Themen Terror und Gewaltanwendung aufgegriffen und beim Tagesordnungspunkt 3 „Unser Programm und die politische Situation“³³ Gegenstand einer regen Debatte.³⁴

Zunächst hielt Rosa Luxemburg ein Grundsatzreferat zu diesem 3. Tagesordnungspunkt, um die programmatische Ausrichtung der Partei darzulegen. Gleich zu Beginn ihrer Rede erteilte sie jenen Anwesenden eine Absage, die den bewaffneten Straßenkampf als geeignete Methode zur Durchsetzung ihrer Ziele ansahen, denn es sei „purer Wahn zu glauben, das arbeitende Volk könne bei der heutigen Entwicklung des Militarismus, der Industrie und der Großstädte, Straßenrevolutionen machen und dabei siegen.“³⁵ Diese Aussage ist vor allem vor dem Hintergrund ihrer Befürwortung der Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 zu sehen: Rosa Luxemburg und Paul Levi hatten sich am Tag zuvor, entgegen ihrer im Vorfeld des Parteitages vertretenen Meinung, dafür ausgesprochen. Gegenredner wie Otto Rühle stellten diesem Standpunkt die Option Straßenkampf entgegen: „Wir müssen die lebende Politik von der Straße immer weiter aufstacheln.“³⁶

Luxemburg sprach in ihrem Referat von der „zweiten Phase der Revolution“, in welcher „viel heftigere Klassenkämpfe“³⁷ zu erwarten sein würden. Allerdings betonte sie, dass Streiks die anzuwendenden Kampfmittel sind, die „sich mehr und mehr auswachsen, immer mehr zum Mittelpunkt, zur Hauptsache der Revo-

32 Zugegen waren 83 Delegierte des Spartakusbundes, 29 der Internationalen Kommunisten Deutschlands, drei des Roten Soldatenbundes, ein Vertreter der Freien Sozialistischen Jugend und 16 Gäste. Insgesamt vertraten die Teilnehmer 56 Orte. Hermann Weber sagt zur Struktur der Teilnehmer: „Die qualifizierten Arbeiter und Intellektuellen überwogen, die Partei hatte vor allem junge Anhänger, sie war in der Tradition der Sozialdemokratie verwurzelt, daneben gab es aber auch ‚politischen Flugsand‘, d. h. durch die Revolution radikalisierte Elemente, die später wieder aus der Arbeiterbewegung verschwanden.“ Weber, Gründungsparteitag, S.37.

33 Zur Tagesordnung des Parteitages siehe: ebenda, S.49.

34 Auf dem Gründungsparteitag war die Frage nach der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung das zentrale Streitthema, und daran entzündete sich die intensivste Diskussion des Parteitages. Siehe Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD, Düsseldorf 1973, S.46-50.

35 Weber, Gründungsparteitag, S.177.

36 Ebenda, S.97.

37 Ebenda, S.189.

lution werden müssen.³⁸ Sie betonte, dass der Kampf um eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der Hauptsache ökonomischer Natur zu sein habe.³⁹

Ihr Vortrag war eine Art Bestandsaufnahme der revolutionären Ereignisse und ein Ausblick auf die kommenden Aufgaben. Die auf ihre Ausführungen hin folgende Diskussion entzündete sich allerdings nicht an dieser Rede, sondern an ihrer im Spartakusprogramm formulierten Aussage, dass die proletarische Revolution für die Durchsetzung ihrer Ziele keines Terrors bedürfe.

Paul Frölich lehnte die „anti-terroristischen“ Passagen im Programm ab und entnahm diesen eine „scharfe Kritik“⁴⁰ an der Taktik der Bolschewiki, die erklärt hatten, dass in einer sozialistischen Revolution auch zum Terror gegriffen werden dürfe. Weiterhin führte Frölich aus: „Genossen, wenn Ihr Euch den ungeheuer scharfen Bürgerkrieg klarmacht, der da drüben geführt wird, dann werdet ihr Euch auch klar werden, daß er mit allen Mitteln geführt werden muß, die zu Gebote stehen; und dazu gehören auch die Mittel des Terrors.“⁴¹ Das zu bekämpfende Bürgertum sei eine Organisation, die von hervorragenden Köpfen geleitet werde, und daher sei es notwendig, „diesen Kopf der Organisation abzuschlagen, [...] wenn man dazu gezwungen ist.“⁴²

Ludwig Bäumer von den Internationalen Kommunisten Deutschlands betonte, dass „der Bürgerkrieg und der Terror zunächst eine rein bürgerliche Angelegenheit“⁴³ seien. Dass die proletarische Revolution keinen Terror anwenden solle, sei für ihn eine Selbstverständlichkeit. Allerdings sei es auch eine Selbstverständlichkeit, dass auf Bürgerkrieg und Terror mit den gleichen Mitteln zu reagieren ist.⁴⁴

Max Levien schloss an Bäumer an: Blut dürfe zwar nicht vergossen werden, aber dieser Satz sei nicht so zu verstehen, dass man sich nicht wehren werde, wenn man angegriffen wird. Weiter sprach er von einer „gewissen Initiative [...] für Anwendung terroristischer Mittel“⁴⁵, die sich aus der Situation ergebe. Gleichzeitig wandte sich Levien gegen individuellen Terror, fügte jedoch hinzu: „Selbstverständlich schließt das nicht aus, sondern im Gegenteil mit ein, daß wir die Wirkung einzelner Persönlichkeiten auf die Massen unter dem konterrevolutionären System richtig einschätzen, und ich bin der erste, der bereit ist, wenn ein Revolutionstribunal Scheidemann und Ebert zum Aufknüpfen verurteilt, Bravo zu rufen.“⁴⁶

Höchst interessant ist die Stellungnahme Karl Liebknechts zur Gewaltthematik. Er sagte zwar zunächst: „Das Proletariat als solches, wenn es nach seinem Willen geht, es wünscht keinen Terror, es braucht keinen Terror“. Dann fügte er aller-

38 Ebenda.

39 Siehe ebenda, S.191.

40 Ebenda, S.202.

41 Ebenda.

42 Ebenda, S.203.

43 Ebenda, S.207.

44 Siehe ebenda.

45 Ebenda, S.217.

46 Ebenda.

dings hinzu, „daß wir nicht eine Limonadenrevolution zu machen gedenken (Sehr gut!), sondern daß wir entschlossen sind, die eiserne Faust zu erheben und auf jeden niederzuschmettern, der der sozialen Revolution des Proletariats Widerstand entgegensetzt.“⁴⁷ Mit diesen Worten relativierte Liebknecht die anti-terroristischen Passagen des Parteiprogramms. Der auf dem Parteitag folgende „lebhafter Beifall“⁴⁸ deutete auf eine breite Zustimmung zu seinen radikalen Ausführungen hin.

Es wäre interessant zu wissen, wie sich Rosa Luxemburg zu den vorangegangenen Ausführungen geäußert hätte, jedoch erklärte der Vorsitzende in ihrem Namen: „Die Genossin Luxemburg ist leider nicht in der Lage, das Schlußwort zu halten, da sie körperlich unapfänglich ist.“⁴⁹ Die Diskussion auf dem Gründungsparteitag zeigt, dass das Gremium in der Gewaltfrage uneinheitlicher Meinung war: Sprach sich Rosa Luxemburg gegen Straßenkämpfe und Terror aus und hob zugleich den Streik als zu bevorzugendes Kampfmittel hervor, so nahmen ihre Nachredner eine deutlich andere Position ein. Obwohl Bäumer, Levien und Liebknecht den Abwehrcharakter der anzuwendenden Gewalt betonten, war aus ihren Reden durchaus die Befürwortung offensiver Waffengewalt herauszuhören. Liebknechts Äußerungen standen im Gegensatz zu denen von Rosa Luxemburg. Paul Frölich sprach sogar von einer konkreten Maßnahme – der Gefangennahme von führenden Vertretern des Bürgertums.⁵⁰

Der Gründungsparteitag nahm das von Rosa Luxemburg formulierte Programm mit seinen anti-terroristischen Passagen an; eine eindeutige und verlässliche Positionierung der jungen Partei war in dieser bedeutenden Frage jedoch nicht erfolgt.

Die KPD und die Gewaltfrage im Januaraufstand der Berliner Arbeiterschaft 1919

Bereits kurz nach der Diskussion um Gewalt auf dem Gründungsparteitag bot sich der KPD durch den Ausbruch des Januaraufstandes in Berlin die Möglichkeit, die vertretenen Positionen in der Praxis zu erproben. Den äußeren Anlass für den Aufstand bildete die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, welcher der USPD angehörte, durch die Regierung. Weitere Faktoren, die zu der Auflehnung von Teilen der Arbeiterschaft geführt hatten, waren die Unzufriedenheit der Massen mit den bisherigen Errungenschaften der Revolution und der Politik der Volksbeauftragten sowie das Drängen einiger Linksradikaler zur Aktion, welches auch auf dem Gründungsparteitag zu vernehmen war.⁵¹

47 Ebenda, S.222. Das eingeklammerte *Sehr gut!* stellt einen im Protokoll des Gründungsparteitages vermerkten Zwischenruf dar.

48 Ebenda.

49 Ebenda, S.224.

50 Siehe ebenda, S.203.

51 Siehe Ludewig, Arbeiterbewegung, S.38. Ebenso: Flechtheim, KPD, S.129f.

Am 5. Januar 1919 folgten Hunderttausende dem Aufruf des Zentralvorstandes der USPD Berlins, der Revolutionären Obleute und der KPD zur Demonstration, weil sie in der Absetzung Eichhorns „einen neuen niederträchtigen Anschlag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Groß-Berlins“⁵² sahen. Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck erkannten in dieser Massenerhebung, in der Teile der Arbeiterschaft bewaffnet auftraten, die Möglichkeit, die Ereignisse voranzutreiben. Zusammen mit Abgesandten der Revolutionären Obleute und der Berliner USPD bildeten sie einen Revolutionsausschuss, welcher beschloss, die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen.⁵³ Der Revolutionsausschuss gab ein Flugblatt heraus, in dem es hieß: „Arbeiter, Genossen! Es geht aufs Ganze, es geht ums Ganze. Es gibt keine Wahl. Es muß gekämpft werden bis aufs Letzte. Auf zum letzten entscheidenden Kampf.“⁵⁴

Nur fünf Tage, nachdem der KPD-Gründungsparteitag ein Programm verabschiedet hatte, das aktive militärische Gewaltanwendung ablehnte, wurde hiermit zum Kampf aufgerufen. Die am Flugblatt beteiligten Liebknecht und Pieck handelten hierbei ohne Absprache mit der Zentrale der KPD.⁵⁵ Damit wurde die Führungsstruktur der Partei infrage gestellt.

Im Anschluss an die Entscheidung, die Regierung stürzen zu wollen, gab es im Führungskreis des neu eingesetzten Revolutionsausschusses keine Klarheit über die zu ergreifenden Maßnahmen, um dieses Ziel zu verwirklichen. Die vielfach geforderte Bewaffnung des Proletariats war unzulänglich und planlos, und die Organisation einer einheitlichen Massenaktion fand überhaupt nicht statt.⁵⁶ Währenddessen rotteten sich in Berlin spontan Arbeitergruppen auf den Straßen zusammen, besetzten Zeitungsbüros und ließen sich auf Kämpfe mit der Polizei ein.⁵⁷

Diese Planlosigkeit veranlasste Rosa Luxemburg am 7. Januar 1919 zu folgenden kritischen, die revolutionären Obleute meinenden, Worten in ihrem Artikel „Was machen die Führer?“: „Die Massen sind dem Appell ihrer Führer mit Ungestüm gefolgt. [...] Sie warten auf weitere Weisungen und Handlungen ihrer Führer. Was haben diese inzwischen getan, was beschlossen? Welche Maßnahmen haben sie ergriffen, um in der gespannten Situation [...] den Sieg der Revolution zu sichern?

52 Siehe *Illustrierte Geschichte*, S.274.

53 Siehe ebenda, S.274f.

54 Zit. nach: Manfred Scharrer: *Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1985, S.206f.

55 So schrieb Pieck: „Die Zentrale der KPD konnte über die Beschlüsse der Obleute und über Liebknechts und meine Entscheidung nicht immer sofort unterrichtet werden. So stellte sich erst später bei einer Beratung der Zentrale heraus, daß diese wohl mit dem Kampfe gegen die Regierungsmaßnahmen einverstanden war, aber nicht mit dem der Aktion gesteckten Ziele: eines Kampfes um die Regierung.“ Zit. nach: Scharrer, *Spaltung*, S.199.

56 Siehe *Illustrierte Geschichte*, S.276.

57 Siehe Angress, *Kampfzeit*, S.53.

Wir sehen und hören nichts! [...] Jetzt aber gilt es zu handeln.⁵⁸ Wie dieses Handeln nach ihrer Vorstellung aussehen sollte, drückt sie im letzten Absatz des Artikels aus: „Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen.“⁵⁹ Luxemburgs kritische Worte sind nicht zwingend als Ausdruck ihrer Ablehnung der spontanen Massenaktionen zu sehen. Ihr Vorwurf lautet viel eher, dass der Revolutionsausschuss nicht die Bereitschaft und Radikalität der Massen zu einer zielgerichteten Aktion genutzt hat.

Mit diesen Aussagen hatte Rosa Luxemburg einen Positionswechsel vollzogen. Hatte sie sich auf dem Gründungsparteitag gegen bewaffnete Straßenkämpfe ausgesprochen und dort betont, dass Streiks erstes Kampfmittel seien, so forderte sie nun eine Bewaffnung der Arbeiterschaft. Zudem rief sie zum Handeln auf, was klar eine auslösende Initiative erforderte. Daraus geht mehr als nur eine Billigung von bewaffneter Defensivgewalt hervor. Viel eher ist ihren Worten die Befürwortung offensiver militärischer Gewaltanwendung zu entnehmen. Das ist auch insofern bemerkenswert, da sie zusammen mit Leo Jogiches einen Machtkampf auf den Straßen bei den gegebenen Machtverhältnissen zunächst für aussichtslos hielt und den Januarunruhen zu Beginn sehr kritisch gegenüberstand.⁶⁰ Erkannte sie die Gunst der revolutionären Stunde? Vielleicht war sie von der Kampfbereitschaft und Spontaneität der Massen, auf die sie immer gesetzt hatte, so fasziniert, dass sie kurzum ihre Position geändert hat. Möglicherweise hielt Rosa Luxemburg eine Teilnahme an den Straßenaktionen für zwingend notwendig, da ein Rückzug der jungen Arbeiterpartei aus den Kampfhandlungen als mangelnde Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterschaft aufgefasst werden würde. Damit wäre für die KPD ein Glaubwürdigkeitsproblem entstanden, da die kampfbereiten Arbeiter ein solches Verhalten nicht hätten nachvollziehen können und sich von der revolutionären Partei verraten gefühlt hätten.

Den Januaraufstand schlugen die Truppen der Reichswehr unter der Führung von Gustav Noske blutig nieder. Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet.⁶¹ Der Beginn ihres Geburtsjahres ließ für die KPD nichts Gutes verheißen. Die beiden großen Führer der Partei waren ermordet worden, und die SPD ging als stärkste Partei aus den Wahlen zur Nationalversammlung hervor,⁶² an denen die KPD gemäß Parteitagbeschluss nicht teilgenommen hatte.

Am 24. Februar 1919 führten Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen in Mitteldeutschland zu einem Generalstreik. Dieser wurde in der „Roten Fahne“ befür-

58 Was machen die Führer? in: Rote Fahne Nr. 7, 7.1.1919 in: Luxemburg, Werke, Bd. 4, S.519f.

59 Ebenda, S.520.

60 Siehe Illustrierte Geschichte, S.283.

61 Eine anschauliche Beschreibung der Vorgänge, die zur Ermordung von Luxemburg und Liebknecht führten, sowie zu den Folgen dieser siehe: Illustrierte Geschichte, S.292-307.

62 Die SPD erhielt 37,8% der Stimmen und bildete mit den Demokraten und der Zentrums-partei die Regierung. Siehe Angress, Kampfzeit, S.59.

wortet, es wurde aber ausdrücklich vor bewaffneten Kämpfen gewarnt.⁶³ Im Zuge dieser Streikaktion kam es in Berlin zu Plünderungen und Straßenkämpfen. Obwohl in der „Roten Fahne“ nochmals an die Arbeiter appelliert wurde: „Laßt euch nicht auf unnütze Schießereien ein, auf die der Noske nur lauert“⁶⁴, wurde der KPD die Schuld für die Unruhen angelastet. Dies hatte für die Partei Repressalien zur Folge. Die preußische Regierung verbot die „Rote Fahne“, und das Hauptorgan der KPD durfte bis zum Dezember 1919 nicht erscheinen.⁶⁵ Die Ermordung von Leo Jogiches am 10. März 1919 während der Märzunruhen sowie die Verhaftung und Gefangennahme zahlreicher Kommunisten schwächten die Partei abermals enorm. Die Verfolgung seitens der Regierung versetzte sie in einen praktisch illegalen Zustand.

Paul Levi, ein enger Vertrauter Rosa Luxemburgs, übernahm die Führung der KPD. Er fand schwierige Bedingungen vor, weil jede politische Aktion der Partei gefährlich war und Repressionen nach sich ziehen konnte. Da auch der Rückhalt in der Arbeiterbewegung gering war, wollte der neue Vorsitzende der KPD den problematischen Gesamtzustand der Partei ändern und eine Revision der gesamten Politik vornehmen. Dies betraf neben der Haltung der KPD zum Parlamentarismus⁶⁶ und zu den Gewerkschaften auch das Thema Putschismus.

Ein Versuch die Gewaltproblematik zu klären: der 2. Parteitag der KPD

Paul Levi war überzeugt, dass die Kommunisten selbst für ihre missliche Lage verantwortlich waren, hatten sie sich doch am Januaraufstand und an den Märzunruhen beteiligt. Seitdem haftete der Partei der Ruf von Verantwortungslosigkeit und Radikalität an. Das schreckte viele Arbeiter ab, die unter anderen Umständen mit den Zielen der Partei sympathisiert hätten.⁶⁷ Levi war klar, dass die KPD diesen Ruf loswerden musste, wenn sie eine einflussreiche Massenpartei werden wollte. Dazu mussten die Führung der Partei straffer organisiert, die Partei von extremistischen Elementen befreit und sämtliche putschistische Neigungen zurückgedrängt werden.⁶⁸

Schon bei ihrer Gründung war zu erkennen, dass die Kommunistische Partei Deutschlands wenig homogen war. Es bestanden Gegensätze in Grundsatzfragen, wie in der Stellung zu den Gewerkschaften, zur Teilnahme an Parlamentswahlen oder zum Einsatz von bewaffneter Gewalt. Im Laufe der faktischen Illegalität nach den Märzereignissen und der eingeschränkten Handlungsfähigkeit

63 Siehe Flechtheim, KPD, S.134.

64 Zit. nach: Rote Fahne, Februar 1919, in: Illustrierte Geschichte, S.361.

65 Das Verbot der Roten Fahne wurde am 3.3.1919 von der preußischen Regierung erlassen. Nachdem die Redaktion nach Leipzig verlegt wurde, untersagte auch die sächsische Regierung am 9. Mai das Erscheinen. Siehe Angress, Kampfzeit, S.61.

66 Paul Levi trat bereits auf dem Gründungsparteitag für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung auf. Siehe Weber, Gründungsparteitag, S.88-135.

67 Siehe Angress, Kampfzeit, S.65.

68 Siehe ebenda, S.66.

verschärften sich die parteiinternen Gegensätze. In den Reihen der KPD hatte sich eine syndikalistische Fraktion mit den Hamburgern Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim an der Spitze gebildet. In der Gewaltfrage befürwortete diese radikal orientierte Gruppe zur Durchführung der Revolution sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel, darunter auch gewaltsame Aufstände.⁶⁹ Die Parteiführung um Paul Levi lehnte hingegen alle bewaffneten Aktionen als putschistisch ab. Die schwerwiegendsten Streitpunkte zwischen der Zentrale und der Hamburger Opposition bestanden allerdings in der Frage über die Teilnahme an Parlamentswahlen und der Stellung zu den Gewerkschaften, die von den Hamburgern abgelehnt wurden. Levi definierte den Syndikalismus als Theorie, die unter Verzicht politischer Kämpfe mit der Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung über eine betriebsorientierte Politik einen quasi selbstlaufenden Prozess der Herausbildung des Sozialismus annimmt. Der Syndikalismus stehe hierbei im Gegensatz zum marxistischen Politikverständnis.

Eine illegal abgehaltene Reichskonferenz der KPD, die am 16. und 17. August 1919 in Frankfurt am Main stattfand, sollte in den politischen Grundfragen Klarheit und Einigkeit bringen.⁷⁰ Es kam dort jedoch zu heftigen Auseinandersetzungen, sodass eine Lösung dieser Probleme auf den 2. Parteitag der KPD verlegt werden musste.

Dieser Parteitag fand vom 20. bis zum 24. Oktober 1919 statt. Da die KPD zu dieser Zeit illegal agierte, tagten die Delegierten abwechselnd in Heidelberg, Mannheim, auf der Wachenburg und auf dem Dilsberg.⁷¹

Von dem Parteitag erwartete die Zentrale der KPD eine Revision der bisherigen Politik und eine einheitliche programmatische Ausrichtung der Partei. Um diese durchzusetzen und so eine stärkere Rolle in der Arbeiterbewegung zu spielen, war Levi bereit, die linken Syndikalisten aus der KPD auszuschließen und damit eine Spaltung der Partei zu riskieren. Dies begründete er auf dem Parteitag folgendermaßen: „Die Lage unserer Partei ist so geworden, daß sie, so wie sie ist, nicht weiter bleiben kann. Die Partei droht zerrüttet zu werden, sie ist lahm geworden. Die Meinungen sind verwirrt, wir haben keine Klarheit mehr in unseren Reihen, und ohne Klarheit sind wir keine Partei, sind wir ein wilder Haufen, der selbst nicht einmal geführt werden kann, geschweige denn selbst führen könnte.“⁷² Die Schuld an diesem Zustand trug nach Levis Meinung die Hamburger Opposition, die er scharf angriff: „Die Partei befindet sich in einem Zustand schwerster Zerrüttung. [...] Die Partei ist hineingeraten in eine schwere Krankheit, die ich bezeichne mit einem Worte: Syndikalismus. Und ich gehe weiter. Diese syndikalistische Krankheit ist nicht von außen in unsere Partei hineingetra-

69 Siehe Rudolf Luz: KPD, Weimarer Staat und politische Einheit der Arbeiterbewegung in der Nachkriegskrise 1919-1922/23, Konstanz 1987, S.167.

70 Siehe ebenda, S.154-159.

71 Anwesend waren schätzungsweise 100 Teilnehmer, davon 43 stimmberechtigte Delegierte und sechs Mitglieder der Zentrale. Siehe Luz, KPD, S.165.

72 Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, Berlin 1919, S.25.

gen worden, sie ist innerhalb der Partei entstanden, und sie hat ihren Sitz in Hamburg.“⁷³

Auf der Grundlage des von der Zentrale vorgelegten Entwurfs der „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik“⁷⁴, die eine verbindliche Verhaltensrichtlinie für die künftige Politik der KPD darstellen sollten, war beabsichtigt, die innerparteiliche linke Opposition aus der KPD zu drängen. Es hieß: „In allen Stadien der Revolution [...] ist die Revolution ein politischer Kampf der Proletariermassen um die politische Macht. Dieser Kampf wird mit den größten politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt. [...] Dabei kann die KPD auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, [...] auch die Beteiligung an Wahlen kommt in Betracht.“⁷⁵ Der entscheidende Punkt war allerdings Punkt 8, in welchem es hieß: „Mitglieder der KPD, die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen oder ihnen in Wort und Schrift entgegengehandelt haben oder entgegenhandeln, haben aus der Partei auszuscheiden.“⁷⁶

Weder in den Leitsätzen, noch in seinem Referat nahm Levi ausdrücklich Stellung zum Putschismus. Scharrer vermutet, Levi habe gehofft, dass mit der Revision der Entscheidung des Gründungsparteitages über die Wahlbeteiligung sowie den Erfahrungen aus den verheerenden Niederlagen in den aufständischen Aktionen im Januar und März die Partei von ihren putschistischen Elementen und Neigungen geheilt sei.⁷⁷ Levis Leitsätze wurden letztendlich vom Parteitag mit 31 gegen 18 Stimmen angenommen. Die dagegen stimmenden Delegierten wurden vom weiteren Parteitag ausgeschlossen.⁷⁸ Die Hamburger Gruppe um Laufenberg und Wolffheim erklärte anschließend ihren Austritt aus der KPD. Levi hatte sein Ziel, die linksextremen Putschisten aus der Partei auszuschließen, erreicht. Mit dieser mutigen wie radikalen Maßnahme hatte die innerparteiliche Diskussion um bewaffnete Gewalt in der Anfangsphase vorerst ein Ende gefunden.

Zusammenfassung

Ein Blick auf die Geschichte politischer Parteien zeigt, dass es eine ihrer ureigensten Eigenschaften zu sein scheint, selten mit einer Stimme zu sprechen. Heute wie damals sind verschiedene Meinungen in Grundsatzfragen und Unter-

73 Ebenda, S.17.

74 Siehe ebenda, S.3-6.

75 Ebenda, S.4.

76 Bericht 2. Parteitag, S.6. Zu Reaktionen und Beurteilung dieser möglicherweise undemokratischen Vorgehensweise der Zentrale siehe: Marcel Bois/Florian Wilde: Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2007/II, S.33-46.

77 Siehe Scharrer, Spaltung, S.239.

78 Siehe Bericht 2. Parteitag, S.42.

schiede zur parteilichen Ausrichtung fester Bestandteil des Innenlebens einer Partei. Die KPD war keine Ausnahme.

Trotzdem sollte man an die KPD besondere Maßstäbe anlegen. Die Partei wurde in einer revolutionären Situation gegründet. Ihre politischen Ziele waren auf eine Neuordnung des gesellschaftlichen und staatlichen Systems gerichtet. Zudem sah die Partei die Ereignisse in Deutschland als Teil der Weltrevolution.

Ein Sprichwort besagt, dass extreme Zeiten extreme Maßnahmen erfordern. Wie extrem die Maßnahmen der KPD sein sollten, war Gegenstand einer kontrovers geführten Diskussion um einen Einsatz von bewaffneter Gewalt, die schon vor der Parteigründung ihren Anfang genommen hatte.

Diese Diskussion durchlief mehrere Phasen, die sich wie folgt gliedern lassen: In der Phase der Uneindeutigkeit und zunehmenden Radikalisierung äußerten sich die Führer des Spartakusbundes in ihren Artikeln nur unklar zum Thema Gewalt. Zunächst wurde zum Kampf aufgefordert, aber über die Kampfmittel geschwiegen. Wenig später zog Rosa Luxemburg zumindest die Anwendung von bewaffneter Defensivgewalt in Betracht, indem sie den Aufbau einer Garde zum Schutze der Revolution forderte. Im weiteren Verlauf der Novemberrevolution war in der Agitation des Spartakusbundes eine zunehmende Radikalisierung zu erkennen – sowohl inhaltlich als auch bei der Wortwahl. Dies mag bewusst geschehen sein, da der Spartakusbund mit den ersten Errungenschaften der Novemberrevolution unzufrieden war. Die zunehmende Radikalisierung der Agitation sollte die Arbeiterschaft zur Aktion stimulieren.

Dann begann die Phase der offenen Gegensätze und Widersprüche. Der zur Jahreswende stattfindende Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands zeigte Unstimmigkeiten in der Haltung zur Gewaltanwendung. Während der Novemberereignisse hatte Rosa Luxemburg den Aufbau revolutionärer Garden zum Schutze der Revolution gefordert, aber das von ihr entworfene Parteiprogramm sprach sich gegen terroristische Maßnahmen aus. Dies traf nicht bei allen Teilen der Parteitagsdelegierten auf ungeteilte Zustimmung. Einige Redner sahen im Terror einen wesentlichen Teil revolutionärer Taktik. Auch Karl Liebknecht stellte sich gegen Rosa Luxemburg und betonte die notwendige Entschlossenheit für Kommunisten.

Fünf Tage, nachdem die Partei das Programm Luxemburgs mit den Anti-Terrorpassagen angenommen hatte, erfolgte während des Januaraufstandes von Teilen der Arbeiterschaft und des unter Teilnahme von Vertretern der KPD Anfang Januar gebildeten Revolutionsausschusses der Aufruf zum Sturz der Regierung. Das war die Phase des Meinungsumschwungs in der Führung der KPD. Zunächst war es die Initiative Karl Liebknechts, die später auch die Unterstützung Rosa Luxemburgs fand. Dabei vollzog Luxemburg eine beachtliche Abkehr von ihrer Haltung zuvor. Sie forderte nunmehr die zum Handeln führende Initiative. Möglicherweise wollte Rosa Luxemburg die Gunst der revolutionären Stunde nutzen.

Mit dem Tod von Luxemburg und Liebknecht verlor die junge und noch nicht gefestigte Partei ihre größten Vordenker. Nach den Januarereignissen beginnt die

Phase der parteiinternen Oppositionsbildung, die die innere Zerrissenheit der Partei förderte. Als Parteivorsitzender war Paul Levi bestrebt, durch programmatische Geschlossenheit die breite Unterstützung der Arbeiterschaft zu gewinnen. Als Gegner jeglicher putschistischer Aktionen machte er sich zur Aufgabe, jene Gruppen aus der Partei zu verbannen, die sich für solche Aktionen aussprachen. Der Heidelberger Parteitag läutete die Phase der programmatischen Einigung ein und brachte in der Stellung zur Anwendung von bewaffneter Gewalt zunächst eine Klärung. Levi entschied sich für das „Ende mit Schrecken“. Die Annahme der von ihm formulierten Leitsätze führte zum Ausschluss der putschistischen Elemente aus der Partei. Die KPD verlor einen Großteil ihrer Mitglieder. Damit war auch die von Uneinigkeit geprägte Gewaltdiskussion vorerst beendet.

Diese Diskussion sprach für die Heterogenität der jungen KPD und bewies die Unfertigkeit als Partei im ersten Jahr ihres Bestehens. Die Partei war bei weitem noch nicht genug programmatisch gefestigt, um der Arbeiterklasse eine solide und verlässliche Führung zu sein. Bei der Gründung einer revolutionären Partei, in einer von Krieg und Auseinandersetzungen geprägten Zeit, ist eine radikale Basis, die zur Aktion drängt, durchaus normal. Dieser Umstand wurde noch durch die Uneinigkeit in der Parteiführung begünstigt.

Um dem eigenen Anspruch gerecht zu werden und die Herkulesaufgabe der Errichtung einer proletarischen Diktatur zu verwirklichen, hätte es zunächst der Sisyphusarbeit der programmatischen Einigung der Partei bedurft.